



CDU-Fraktion im Rat
der Stadt Wuppertal



SPD-Fraktion im
Rat der Stadt
Wuppertal

*Herrn Oberbürgermeister
Peter Jung*

Gemeinsamer Antrag

Datum 05.06.2007

Drucks. Nr. VO/0540/07
öffentlich

Zur Sitzung am
06.06.2007
11.06.2007

Gremium
Hauptausschuss
Rat der Stadt Wuppertal

Weiterfinanzierung der Arbeitslosenzentren und Arbeitslosenberatungsstellen Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 05.06.2007

Beschlussvorschlag

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von CDU und SPD beantragen, der Rat möge beschließen:

Der Rat der Stadt richtet eine Resolution mit folgendem Text an die Landesregierung:

Weiterfinanzierung der Arbeitslosenzentren und Arbeitslosenberatungsstellen

Der Rat der Stadt Wuppertal nimmt die Absicht des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Nordrhein-Westfalen ab Oktober 2008 die Mittel zur Finanzierung der Arbeitslosenzentren und Beratungsstellen in NRW einzustellen, mit großer Sorge zur Kenntnis.

Zwar ist es nachvollziehbar, dass das Land bei einer Kürzung der ESF-Mittel um rund 40 Prozent alle Programme und Förderungen auf den Prüfstand stellen muss, doch zeigt die Begründung des Ministers, es sei unnötig, eine zweite Beratungsstruktur neben ARGEn und Optionskommunen mit Landesmitteln zu fördern, dass das Ministerium über die wichtige Arbeit der Arbeitslosenzentren und -beratungsstellen nicht ausreichend informiert ist und den Stellenwert dieser Beratung bei seiner Entscheidung nicht ausreichend gewürdigt hat.

Die Arbeitslosenzentren und Beratungsstellen unterscheiden sich in ihrer Arbeitsweise gravierend von den Arbeitsgemeinschaften für Beschäftigung (ARGE). Deshalb kann und wird die ARGE auch nicht das Arbeitslosenzentrum als niederschwelliges, den Alltag strukturierendes Begegnungsangebot und die Beratungsstelle für Arbeitslose, die zur Arbeitslosigkeit eine umfassende Hilfe gewährt, ersetzen.

Der Rat der Stadt fordert daher den Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW auf, sich in Gesprächen mit Vertretern der Arbeitslosenzentren, der ARGE, der Wohlfahrtsverbände und Kirchen ein umfassendes Bild von der tatsächlichen Leistung und Bedeutung der Beratungsstellen zu machen und seine Entscheidung, die Landesförderung einzustellen, zu revidieren.

gez.

Bernhard Simon
Vorsitzender
der CDU-Ratsfraktion

Klaus Jürgen Reese
Vorsitzender
der SPD-Ratsfraktion